



Medienkonferenz Nationaler Auftakt zur Ausstellung „Im Fall“ von Dienstag, 13. April 2010, 10 Uhr

REFERAT VON EDITH OLIBET, DIREKTORIN FÜR BILDUNG, SOZIALES UND SPORT

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrte Medienvertreterinnen,  
sehr geehrte Medienvertreter

Im Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 lanciert die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS die Wanderausstellung „Im Fall“ über die Sozialhilfe in der Schweiz. Das ist gut so – und dringend notwendig.

Armut war in der Schweiz lange Zeit gesellschaftlich kaum ein Thema. Wer arbeiten wollte, konnte dies bis vor wenigen Jahren fast immer tun. Sozialhilfeabhängigkeit war deshalb selten und dauerte in der Regel auch nicht lange. Die Möglichkeit zum Verdienen des Lebensunterhalts aus eigener Kraft stand für die meisten Personen offen. Der parallel zur wirtschaftlichen Prosperität fortschreitende Ausbau der Sozialversicherungen trug viel dazu bei, dass im Bewusstsein von Politik und Gesellschaft die Armut in der Schweiz lange als weitgehend überwunden angesehen wurde.

Heute ist sie in der Schweiz so präsent, wie schon lange nicht mehr.

Das hat viele Gründe, ich nenne nur einige davon:

- Der Strukturwandel in der Wirtschaft grenzt immer mehr schlecht Qualifizierte vom Arbeitsmarkt aus. Die Folge: mehr Personen werden und bleiben sozialhilfeabhängig.
- Die gesellschaftlichen Lebensformen haben sich in den letzten Jahren markant verändert. Das familiäre Netz ist nicht mehr so tragfähig wie früher, besonders Alleinerziehende sind oft armutsgefährdet.
- Die Migration legt Probleme offen, welche in Phasen des wirtschaftlichen Abschwungs besonders deutlich zutage treten: Vor allem Personen mit schlechter

Schulbildung und schlechten Sprachkenntnissen haben heute grosse Mühe auf dem Arbeitsmarkt und sind überdurchschnittlich oft von Sozialhilfe abhängig.

- Das System der sozialen Sicherung weist Lücken auf, welche durch die Sozialhilfe gestopft werden müssen. Diese Lücken werden durch „Sparprogramme“ in den Sozialwerken immer grösser. Wenn etwa die IV oder die Arbeitslosenversicherung saniert werden sollen und deswegen ihre Leistungen kürzen, kommen immer neue Aufgaben – und auch beträchtliche Mehrausgaben - auf die Sozialhilfe und damit auf die Kantone und Gemeinden zu.

Die sozial Schwächsten sind in besonderen Mass von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Der Zusammenhang zwischen schlechter Bildung und hohem Armutsrisiko ist wissenschaftlich belegt. Besonders gravierend ist die Tatsache, dass jede Wirtschaftskrise eine wachsende Zahl von Personen hinterlässt, welche aus dem Arbeitsmarkt herausfallen und auf längere Sicht von der Sozialhilfe unterstützt werden müssen. Es ist also nicht mehr so, dass die Zahl der Armutsbetroffenen sich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung automatisch verringert. Wer langzeitarbeitslos war, bleibt auch bei einer sinkenden Arbeitslosenzahl oft noch lange ohne Stelle und muss von der Sozialhilfe unterstützt werden.

Parallel zum Ansteigen der Zahl der Armutsbetroffenen ist das gesellschaftliche Gefüge in den letzten Jahren grundlegend durcheinander geraten. Wenn 2010 der Chef einer Schweizer Grossbank einen Jahresbonus erhält, welcher so hoch ist wie die gesamten Sozialhilfesaufwendungen für die 6000 unterstützten Personen in der Stadt Bern, so ist die soziale Ordnung in alarmierendem Ausmass in Schieflage geraten.

Mit der Ausstellung „Im Fall“, die in verschiedenen Schweizer Städten und Gemeinden gezeigt wird, macht die SKOS die Sozialhilfe zum öffentlichen Thema. Als Sozialdirektorin der Stadt Bern bin ich dankbar für diese Initiative der SKOS. Die Ausstellung soll dazu beitragen, die Öffentlichkeit für die Themen Armut und soziale Ausgrenzung zu sensibilisieren und die Akzeptanz der Sozialhilfe in der Gesellschaft zu stärken.

Die Rolle der Sozialhilfe im System der sozialen Sicherheit ist weiten Bevölkerungskreisen nur wenig bekannt. Die Ausstellung „Im Fall“ versteht sich deshalb als Informationskampagne: Sie vermittelt gezielte und differenzierte Inhalte zum Thema Sozialhilfe und klärt über die Ursachen von Armut auf. Damit soll auch das Verständnis für Menschen, die auf Unterstützung durch die öffentliche Hand angewiesen sind, gefördert werden. Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 bildet einen geeigneten Anlass für die Lancierung einer breiten Informationskampagne.

Ich wünsche mir, dass die Ausstellung dazu beiträgt, das Verständnis für die Rolle der Sozialhilfe im System der sozialen Sicherung zu vergrössern. Ich hoffe auch, dass die Ausstellung einen Auftakt bildet zu einer umfassenden Diskussion über die Verteilung von Reichtum und Armut in der Schweiz - eine Diskussion, welche an der Abzockermertalität nicht vorbeikommen kann und dazu führen muss, dass Arbeit und Einkommen in der Schweiz wieder gerechter verteilt werden. Dazu gehört auch eine Diskussion über Mindestlöhne: Leistung muss sich wieder lohnen – es darf nicht sein, dass der Staat Personen mit Sozialhilfe unterstützen muss, welche vollzeit arbeiten und dennoch keinen existenzsicherndes Einkommen erzielen.

Wer vollzeit arbeitet, muss ein Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen haben. Es kann nicht Aufgabe der Sozialhilfe sein, Tiefstlöhne durch öffentliche Gelder bis auf die Höhe des Existenzminimums anzuheben.

Kinder und Jugendliche sind in besonderem Mass von Armut betroffen. Nicht zuletzt deshalb setzt die Stadt Bern seit längerer Zeit auf die Karte "Frühförderung" und ist mit dem Projekt Primano schweizweit beachtete neue Wege gegangen. Gefordert sind weitere wirksame staatliche Schritte der Politik zur Verringerung der Armutsquote von Familien mit Kindern. Einzelne Kantone haben hier mit Ergänzungsleistungen für Familien erste Verbesserungen eingeleitet. Notwendig ist aber auch ein verstärktes Engagement des Bundes in der Armutsbekämpfung. Der Bund darf nicht weiter unter dem Titel „Sparmassnahmen“ die Sozialversicherungen ausdünnen und so Lasten in Form von steigenden Sozialhilfeaufwendungen auf die Kantone und Gemeinden abwälzen. Notwendig ist eine zukunftsweisende und wirksame Armutsbekämpfungsstrategie des Bundes.

Die kantonal geregelte Sozialhilfe ist das letzte Auffangnetz im System der sozialen Sicherheit. Sie ist subsidiär zu den Sozialversicherungen. Dieses fundamentale Prinzip der Sozialhilfe ist in Gefahr. Die Sozialhilfe muss heute Aufgaben übernehmen, für welche sie nicht konzipiert war und für welche sie finanziell schlecht gerüstet ist. Ich erhoffe mir von der Ausstellung „Im Fall“, dass sie auch dazu beiträgt, diese wichtigen sozialpolitischen und finanzpolitischen Themen und Zusammenhänge vermehrt ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Zu Recht weist die Präambel zur schweizerischen Bundesverfassung darauf hin, dass sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen misst. Diese von der Verfassung

gewährleistete gesellschaftliche Solidarität hat in letzter Zeit gelitten, es ist wichtig daran wieder zu arbeiten. In diesem Sinne hoffe ich, dass die Wanderausstellung der SKOS auch einen Beitrag zur Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit leisten kann.

Auf der Ebene der Gemeinden und Kantone sind viele Mitarbeitende von öffentlichen und privaten Sozialdiensten und sozialen Institutionen tagaus tagein mit viel Ausdauer und Engagement zum Wohl der sozial Schwachen tätig. Ich hoffe, dass die Ausstellung „Im Fall“ dazu beiträgt, die grosse Arbeit dieser Personen zu würdigen und zu wertschätzen. Ihnen allen und allen, welche zum Gelingen der Ausstellung „Im Fall“ beigetragen haben, danke ich ganz herzlich für ihren grossen Einsatz. Der Aufwand hat sich gelohnt, wie Sie sich selbst überzeugen können. Ich wünsche Ihnen einen spannenden Rundgang durch die Ausstellung.